

Inhalt

Vorwort	V
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Gang der Untersuchung	6
Kapitel 1 Hintergründe	9
§ 3 Die Bindung von Gläubigern in der Krise des Schuldners	9
I. Allgemeine Bindung	9
II. Sonderstellung der Anleihegläubiger	12
§ 4 Grundlage der Bindung der Anleihegläubiger	14
I. Begriffsbestimmungen	14
1. Anleihe und Schuldverschreibung	14
2. Anleihegläubiger und das SchVG als Organisationsrecht	16
II. Heterogenität der Anleihegläubigerschaft	17
III. Die kollektive Bindung und die Zulässigkeit von Mehrheitsentscheidungen ...	19
1. Hintergrund der kollektiven Bindung	20
2. Handlungsfähigkeit des Kollektivs	21
3. Grundkonflikt kollektiver Willensbildung	22
IV. Rechtliche Einordnung der Anleihegläubigerschaft	24
1. Gemeinsamer Zweck	25
2. Gemeinsame Innehabung von Rechten	27
3. Gemeinschaft <i>sui generis</i>	28
V. Zusammenfassung	29
§ 5 Das Verhältnis des SchVG zur InsO	30
I. Rangordnung	30
II. Unterschiedliche Regelungsbereiche	32
§ 6 Zusammenfassung	34
Kapitel 2 Aufgaben und Person des gemeinsamen Vertreters	35
§ 7 Aufgaben und Befugnisse	35
I. Die Tätigkeit des gemeinsamen Vertreters	35
1. Art der Einräumung von Befugnissen	36
a) Gesetzliche Aufgaben und Befugnisse	36
b) Einräumung weiterer Aufgaben und Befugnisse	38
2. Art des Auftretens des gemeinsamen Vertreters	38
II. Verdrängendes Mandat	39
	IX

III.	Umfang der Vertretungsbefugnis	40
IV.	Verbesserung der Rechte der Gläubiger	41
V.	Sonderstellung im Insolvenzverfahren	42
§ 8	Das Innenverhältnis zwischen dem gemeinsamen Vertreter und den Anleihegläubigern	44
I.	Eingehen eines Vertrages	44
1.	Wahlvertreter	44
2.	Vertragsvertreter	46
II.	Art des Vertrages	47
§ 9	Stellvertretung	49
§ 10	Interessenkonflikte	51
I.	Näheverhältnis zum Emittenten	51
II.	Weitere Interessenkonflikte	52
1.	Näheverhältnis zu anderen Gläubigern	52
a)	Gläubiger einer anderen Anleihe	53
b)	Weitere Gläubiger	54
2.	Näheverhältnis zu Interessenten	55
3.	Näheverhältnis zum Insolvenzverwalter	55
§ 11	Haftung	57
I.	Anspruchsgrundlage und Begrenzung der Haftung	57
II.	Haftungsmaßstab	57
III.	Geltendmachung von Ansprüchen	59
1.	Gesamtgläubigerschaft und das Erfordernis einer Beschlussfassung	59
2.	Fehlende Übereinstimmung der Konzeption von Pflichten und Haftung	60
§ 12	Kosten und Aufwendungen	62
I.	Rechtsgrundlage	62
1.	Vergütungsanspruch aus § 7 Abs. 6 SchVG	62
2.	Vergütungsanspruch aufgrund zusätzlicher vertraglicher Vereinbarung	64
II.	Umfang des Anspruchs	64
1.	Aufwendungen	64
2.	Kosten	65
III.	Anspruch in der Insolvenz	66
1.	Tätigkeiten vor Insolvenzeröffnung	67
a)	Einordnung des Anspruchs	67
b)	Insolvenzanfechtung	67
aa)	Anfechtungstatbestände	68
bb)	Bargeschäftsprivileg	69
cc)	Zusammenfassung	69
2.	Tätigkeiten nach Insolvenzeröffnung	70
a)	Keine nachrangige Insolvenzforderung	71
b)	Abgrenzung zwischen Masseverbindlichkeit und Neuforderung	71
aa)	Vergütung als Kosten des Verfahrens	72
bb)	Vergütung als Kosten der Verwaltung, Verwertung und Verteilung der Masse	73
cc)	Vergütung als Kosten eines Dauerschuldverhältnisses	74
dd)	Gesamtanalogie	75
c)	Alternativen bei Nichteinordnung als Masseverbindlichkeit	77

3. Festsetzung der Vergütung	78
§ 13 Zusammenfassung	81
Kapitel 3 Bestellung des gemeinsamen Vertreters	83
§ 14 Vor- und Nachteile der Bestellung	84
I. Effizienzsteigerung	84
II. Verbesserte Interessenwahrnehmung	85
III. Ausschluss der selbständigen Geltendmachung von Rechten	86
IV. Rechtssicherheit	86
V. Gläubigergleichbehandlung	87
VI. Verfälschung von Mehrheiten	87
1. Abstimmung über einen Insolvenzplan	88
2. Weitere Abstimmungen	89
VII. Erhöhung der Stimmkraft der Anleihegläubigermehrheit	89
§ 15 Drei Konzepte der Vertreterbestellung	91
I. Vertragsvertreter	91
II. Wahlvertreter	92
III. Wahlvertreter in der Insolvenz	93
IV. Schlussfolgerungen	94
§ 16 Modalitäten der Wahl	95
I. Wahl eines gemeinsamen Vertreters außerhalb einer Insolvenz	95
1. Einberufung der Anleihegläubigerversammlung	95
2. Mehrheitserfordernisse	95
3. Beschlussfähigkeit und Einberufung einer zweiten Versammlung	96
4. Das Einberufungsverlangen der Anleihegläubiger	97
a) Einberufungsverlangen hinsichtlich einer ersten Anleihegläubiger-	
versammlung	97
b) Einberufungsverlangen hinsichtlich einer zweiten Anleihegläubi-	
gerversammlung	98
c) Problematik der fehlenden Mindesthaltefrist	101
II. Wahl eines gemeinsamen Vertreters in der Insolvenz	102
1. Erste Anleihegläubigerversammlung zur Wahl eines gemeinsamen Ver-	
treters	102
a) Einberufungsverlangen der Anleihegläubiger	103
b) Mehrheitserfordernis und Beschlussfähigkeit	103
c) Wahlvorschlag durch das Insolvenzgericht	105
d) Abstimmung ohne Versammlung	106
2. Zweite Versammlung bei Nichtvorliegen der Beschlussfähigkeit	107
3. Weitere Versammlung nach gescheiterter Wahl	107
III. Wahl eines gemeinsamen Vertreters im Insolvenzeröffnungsverfahren	108
IV. Exkurs: Abberufung des gemeinsamen Vertreters	109
V. Exkurs: Bestellung von mehr als einem Vertreter	111
§ 17 Rechtsschutz	112
I. Wahl vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	112
1. Anfechtungsvorschriften	112

2.	Vollziehungssperre und Freigabeverfahren	113
3.	Insolvenzeröffnung während des Freigabeverfahrens	113
II.	Wahl nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	115
§ 18	Zusammenfassung	118
Kapitel 4	Ermächtigungen und Weisungen	119
§ 19	Ertelung von Ermächtigungen und Weisungen	120
I.	Ermächtigungs- und Weisungserteilung außerhalb der Insolvenz	120
1.	Abstimmung	120
a)	Einberufung der Anleihegläubigerversammlung	120
b)	Abstimmung ohne Versammlung	124
2.	Mehrheitserfordernisse	124
II.	Weisungserteilung in der Insolvenz	125
1.	Zulässigkeit von Weisungsbeschlüssen	126
2.	Weisungserteilung in der ersten Anleihegläubigerversammlung	126
3.	Weisungserteilung in weiteren Anleihegläubigerversammlungen	127
4.	Mehrheitserfordernisse	129
§ 20	Inhalt von Ermächtigungen und Weisungen	131
I.	Inhalt außerhalb der Insolvenz	131
II.	Inhalt von Weisungen in der Insolvenz	132
1.	Einschränkung des Beschlussinhalts	133
2.	Sonderfall Debt Equity Swap	135
III.	Beschränkungen zugunsten des Minderheitenschutzes	137
1.	Gefahr der Verfolgung von Sonderinteressen	137
a)	Ausgangspunkt: Reflexiver Schutz durch Selbstbetroffenheit der Abstimmungsmehrheit	137
b)	Hinnahme nachteiliger Beschlusswirkung	138
2.	Stimmverbote in der Anleihegläubigerversammlung	140
a)	Das Stimmrecht der Anleihegläubiger	140
b)	Gesetzliche Stimmverbote nach dem SchVG	140
c)	Weitere Schranken des Stimmrechts	142
d)	Verstoß gegen das Stimmverbot	144
e)	Zusammenfassung	144
3.	Inhaltliche Beschränkungen	145
a)	Das gemeinsame Interesse der Anleihegläubiger	146
b)	Sanierungsbezogene Treuepflichten der Anleihegläubiger	148
aa)	Meinungsstand	149
bb)	Grundsätzliches zur Entstehung von Treuepflichten	151
cc)	Stellungnahme	152
c)	Zusammenfassung	153
§ 21	Beschlusskontrolle	154
I.	Überblick	154
II.	Nichtigkeit und Unwirksamkeit von Beschlüssen	157
1.	Ungleichbehandlung von Anleihegläubigern	157
2.	Weitere Beschlüsse	158
III.	Anfechtung außerhalb der Insolvenz	160

1.	Modalitäten der Anfechtung	160
2.	Anfechtungsgründe	162
3.	Vollziehungssperre und Freigabeverfahren	163
IV.	Beschlusskontrolle in der Insolvenz	165
1.	Aufhebungsantrag nach § 78 InsO	166
a)	Verfahren	166
b)	Gründe	167
c)	Exkurs: Nichtigkeit	168
2.	Anwendbare Regelungen	168
§ 22	Zusammenfassung	171
Kapitel 5	Der gemeinsame Vertreter als Handlungsorgan der Anleihegläubiger	173
§ 23	Weisungsgebundenheit	173
I.	Entscheidungsspielraum nach Weisungserteilung	173
1.	Abweichungsbefugnis	174
2.	Einberufungspflicht	176
3.	Unkonkrete Weisungen	176
II.	Entscheidungsspielraum bei fehlender Weisung	177
III.	Weitergeltung der Weisungsgebundenheit in der Insolvenz	179
§ 24	Vorgehen gegen unrechtmäßiges Handeln	181
I.	Nichthandeln trotz Weisung	181
II.	Handeln entgegen einer konkreten Weisung	182
III.	Nicht pflichtgemäße Ermessensausübung	183
§ 25	Handeln des gemeinsamen Vertreters in der Insolvenz	184
I.	Die Rechte der Anleihegläubiger im Insolvenzverfahren	184
II.	Abstimmung in der Insolvenzgläubigerversammlung	185
1.	Prinzip der einheitlichen Stimmabgabe	186
2.	Stimmgewicht bei Abstimmungen nach Summen und Köpfen	187
3.	Abstimmung über einen Insolvenzplan	189
4.	Stimmverbot und Stimmrechtsausschluss	192
a)	Vorliegen von Stimmverboten	192
aa)	Gesetzliche Stimmverbote nach der InsO	192
bb)	Weitere Schranken des Stimmrechts	193
cc)	Grenzen des Stimmverbots	194
dd)	Konsequenzen fehlerhafter Abstimmung	195
b)	Auswirkungen des Stimmverbots der Anleihegläubiger auf die Abstimmung durch den gemeinsamen Vertreter	195
aa)	Allgemeines zum Durchschlagen eines Stimmverbots	196
aaa)	Durchschlagen auf einen Vertreter	196
bbb)	Durchschlagen bei Gemeinschaftsverhältnissen	197
bb)	Stimmverbot des gemeinsamen Vertreters bei Interessenkonflikt der Anleihegläubigergesamtheit	198
cc)	Stimmverbot des gemeinsamen Vertreters bei Interessenkonflikt einzelner Gläubiger	199
c)	Zusammenfassung	201

III.	Die Vertretung der Anleihegläubiger im Gläubigerausschuss	201
1.	Der gemeinsame Vertreter im Gläubigerausschuss	201
a)	Rechtsgrundlage	201
b)	Weisungsgebundenheit	202
c)	Haftung	203
d)	Vergütung	204
2.	Exkurs: Der Anleihegläubiger im Gläubigerausschuss	204
§ 26	Zusammenfassung	205
Kapitel 6	Schlussbemerkungen	207
Anhang I:	Zusammenfassung in deutscher Sprache	210
Anhang II:	Abstract in English	211
Abkürzungen	213
Literatur	215
Gesetzesmaterialien	231
Sachregister	233